

Zeitschrift: Appenzeller Kalender

Band: 302 (2023)

Rubrik: Blick in die Welt

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 30.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Blick in die Welt

WALTER BÜHRER

Wie kaum ein anderes Ereignis seit dem Zweiten Weltkrieg hat der Einmarsch russischer Streitkräfte in der Ukraine Schockwellen geworfen. Nie seit 1945 wurde das Völkerrecht auf europäischem Boden so krass verletzt wie durch die Aggression Russlands gegen das souveräne Nachbarland Ukraine.

Der Krieg kam für die meisten Beobachter überraschend, aber nicht als Blitz aus heiterhellem Himmel. 2014 hatte Russland die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim am Schwarzen Meer annektiert. Ebenfalls seit 2014 hielten pro-russische Separatisten Teile der Ostukraine besetzt. Obschon Moskau stets beteuerte, dass russische Truppen an den Kämpfen im Donbass-Gebiet nicht beteiligt seien, war von Anfang an klar, dass das Putin-Regime den Konflikt schürte, um die Ukraine zu destabilisieren und im russischen Einflussbereich zu behalten. Bereits 2014 hatte Russlands Präsident die These vertreten, die Ukrainer seien gar kein eigenständiges Volk und das Gebiet der Ukraine gehöre zu Russland. Diese historisch wie völkerrechtlich unhaltbare Auffassung erneuerte Putin am 12. Juli 2021 in einem Essay («Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern»). Darin sprach er

den Ukrainern explizit das Recht auf staatliche Eigenständigkeit und Unabhängigkeit ab.

Auch diesmal hoffte Putin wohl auf ein rasches Auseinanderbrechen einer westlichen Sanktionsfront. In einer hasserfüllten Fernsehansprache erklärte er am 21. Februar 2022, die Ukraine werde von einer Marionettenregierung beherrscht, die Atomwaffen entwickeln wolle und einen «Völkermord» an Russen in der Ostukraine verübe. Der NATO warf er vor, Russland zu umzingeln. Am 22. Februar anerkannte Putin die Separatistengebiete Donezk und Luhansk im Osten der Ukraine als eigenständige Staaten. Auf einer Pressekonferenz forderte er, dass die Ukraine niemals der NATO beitreten dürfe und vollständig demilitarisiert werden solle. Am 24. Februar, um 4 Uhr, fielen russische Truppen, begleitet von Luftschlägen, in die Ukraine ein. Im Norden stiessen die Russen gegen die Hauptstadt Kiew vor, im Nordosten gegen Charkiw, im Südosten in die Separatistengebiete der Ostukraine und aus der Krim gegen die strategisch wichtigen Städte Mariupol und Cherson. Auch Metropolen wie Odessa und Lemberg (Lwiw) wurden bombardiert. Als erste grössere Stadt eroberten die Russen Cherson. Doch rasch geriet

ihre Offensive ins Stocken: Ihre Panzerverbände kamen gegen den gut organisierten ukrainischen Widerstand kaum voran. Die zur Eroberung von Kiew und andern Städten eingesetzten Luftlande-Truppen wurden von den Verteidigern rasch ausser Gefecht gesetzt. Selbst in Gebieten, in denen mehrheitlich russischsprachige Menschen lebten, schlug den Angreifern Feindseligkeit entgegen. Die Russen hatten sich in der Einschätzung des ukrainischen Widerstandswillens gründlich verrechnet: Die ukrainischen Streitkräfte kämpften zäh und verbissen; dank Waffen, die sie von den USA, Grossbritannien und mehreren EU-Staaten erhielten, vermochten sie, den Invasoren standzuhalten und wachsende Verluste zuzufügen. Zur Überraschung der meisten Beobachter agierte die russische Armee konzeptlos, schlecht geführt, unprofessionell und unmotiviert. Je länger der Krieg andauerte, umso mehr verloren die russischen Streitkräfte ihren Nimbus der Unbesiegbarkeit. Nachschub und Logistik funktionierten schlecht. Trotz weitgehender Lufthoheit der Russen blieb die militärische Ausbeute bescheiden. Im Kampf der verbündeten Waffen zeigten die Russen eklatante Schwächen. Ihren grossenteils schlecht aus-



Bild: Keystone-SDA

Bilder des Grauens: Die russische Kriegsführung richtete sich nicht nur gegen militärische, sondern auch gegen zivile Ziele wie diese Entbindungsstation in Mariupol

gebildeten Soldaten mangelte es angesichts des erbitterten ukrainischen Widerstands vielfach an Kampfwillen. Bald offenbarte sich, dass die Russen keines ihrer ursprünglichen Kriegsziele erreichten: Weder vermochten sie Kiew zu erobern und ein ihnen genehmes Regime zu installieren noch die ukrainische Armee zur Kapitulation zu zwingen. Im Gegenteil. Die Ukrainer fügten den russischen Verbänden empfindliche Niederlagen und Verluste zu: Hunderte von Panzern und Truppenfahrzeugen wurden abgeschossen, Tausende russischer Soldaten verloren ihr Leben. Die Ukrainer ihrerseits

errangten psychologisch wichtige Erfolge. So, als es ihnen gelang, den Raketenkreuzer «Moskwa», das Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte, mit Raketen zu treffen und zu versenken. Mitte Mai, rund drei Monate nach Beginn des Krieges, äusserten sich die Ukrainer zunehmend siegesgewiss. Seele des Widerstandes war Präsident Wolodimir Selensky. Er und seine Regierungsmitglieder waren Tag für Tag in allen Medien präsent. Trotz grossem persönlichen Risiko zeigten sie sich bei jeder Gelegenheit in der Öffentlichkeit. In Live-Übertragungen wandte sich Selensky an zahl-

reiche Parlamente westlicher Staaten. Putin, der Kriegsverursacher, schottete sich demgenüber in seinen Bunkern ab.

Kriegsverbrechen

Angesichts ihrer Verluste verlegten sich die Russen auf den Einsatz immer grausamerer Waffen. Als sie Ende März ihren Vorstoß im Norden der Ukraine abbrachen, hinterliessen sie Orte des Grauens: zerstörte Städte, in denen zum Teil kein Haus unversehrt geblieben war, unvorstellbare Verwüstungen, Hunderte von Leichen getöteter Zivilpersonen, Massengräber. Traurige

Berühmtheit erlangte die Kleinstadt Butscha: 25 Kilometer nordwestlich von Kiew gelegen, war sie Anfang März in die Hände der Russen gefallen. Als diese nach rund einem Monat abzogen, war kein Gebäude mehr intakt; auf den Strassen lagen Dutzende unbeerdigter Leichen; in Massengräbern fanden Ermittler über 400 Leichen ermordeter Zivilpersonen. Während sämtliche Beobachter vor Ort von unsäglichen Geschehnissen und Kriegsverbrechen sprachen, wies Russland jegliche Schuld von sich und bezichtigte die Ukraine, die Gräueltaten inszeniert zu haben.

Zu einem Mahnmal des Schreckens wurde auch der Bahnhof von Kramatorsk in der ostukrainischen Provinz Donezk. Die vor dem Krieg gegen 200 000 Personen zählende Grossstadt wurde von ukrainischen Verbänden gegen russi-



*Symbolfigur des ukrainischen Widerstands:
Präsident Wolodimir Selensky.*

sche Angreifer verteidigt. Auf dem Stationsgelände der Stadt warteten am Morgen des 8. Aprils bis zu 4000 Menschen auf ihre Evakuierung. Mitten unter ihnen schlugen mehrere Raketen des russischen Typs 9K79 Totschka ein. Mindestens 57

Bild: Keystone-SDA

Menschen fanden den Tod, über 100 wurden verletzt. Trotz erdrückender Beweise für eine russische Urheberschaft gab die Kreml-Propaganda wiederum den Ukrainern die Schuld für die Gräueltat. Auch in der wochenlang umkämpften Stadt Mariupol gab es klare Hinweise auf russische Kriegsverbrechen: Die Russen bombardierten die Oper, wo rund 1000 Menschen Zuflucht gesucht hatten. Auch Schulen, Spitäler und Kirchen wurden angegriffen. Ungeachtet der weltweiten Kritik fuhren die Angreifer damit fort, Mariupol in Schutt und Asche zu bomben, da sich die Verteidiger trotz schwierigsten Umständen nicht ergeben wollten.

Grauenvoll in ihren Konsequenzen war auch die russische Propaganda: Es gelte, die Ukraine vom «Nationalsozialismus» zu befreien, liess der Kreml gebetsmühlenartig verlauten. Jeder, der sich nicht dem Russentum zugehörig fühle, sei ein «Nazi» und müsse folglich vernichtet werden. Mit dieser ideo-logischen Begründung liess sich jedes Kriegsverbrechen und sogar Völkermord rechtfertigen. Zahlreiche ukrainische Zivilpersonen und Beamte wurden gefangen genommen, entführt, gefoltert, viele mutmasslich umgebracht. Putins Krieg trieb Millionen Ukrainer in die Flucht. Die meisten unter ihnen – vor allem Frauen und Kinder – setzten sich nach Polen ab, Hundertausende nach Deutschland, in die baltischen und osteuropäi-



Zerstörte russische Militärfahrzeuge in Butscha, einer Vorstadt von Kiew, nach dem Rückzug der Russen.

Bild: Keystone-SDA



Bild: Keystone-SDA

Wohngebäude in Irpin nahe der Hauptstadt Kiew nach russischem Beschuss am 3. März 2022.



Bild: Keystone-SDA

Eine ukrainische Frau trauert um ihren von Russen getöteten Sohn auf einem Friedhof nahe der Hauptstadt Kiew.

schen Staaten, nach Skandinavien, Frankreich, Grossbritannien und in die Schweiz. Bis Ende April verliessen weit über fünf Millionen Ukrainer ihr Land. Dies schien durchaus ins Kriegskonzept des Kremls zu passen. Bereits im Spätherbst 2021 hatten Putin und sein weissrus-

sischer Kollege Lukaschenko Flüchtlinge und Migranten als Instrumente benutzt. Lukaschenko liess Tausende von Migranten – vor allem Afghanen, Syrer und Schwarzafrikaner – mit Flugzeugen aus nahöstlichen Metropolen einfliegen, um sie via Belarus nach Europa ein-

zuschleusen. Polen errichtete deswegen einen Stacheldrahtzaun gegen Belarus, baltische Staaten wie Litauen erklärten den Ausnahmezustand.

Beispiellose Sanktionen

Putin und seine Schergen hatten jedoch die internationalen Reaktionen krass unterschätzt. Wie selten zuvor führte der Krieg zu einem Schulterschluss der westlichen Demokratien. Die USA, Grossbritannien und die EU-Staaten einigten sich auf Sanktionen, wie sie beispiellos waren: Russlands wichtigste Banken wurden vom Zahlungsverkehr mit dem Ausland abgeschnitten; russische Verkehrsflugzeuge verloren Überflugrechte; die Vermögen von Exponenten des Putin-Regimes wurden eingefroren und Künstler und Sportler aus dem Umfeld des Diktators weltweit gesperrt. Die russische Aggression zeigte auch sicherheitspolitische Wirkung. Zahlreiche Länder stockten ihre Verteidigungsbudgets auf. Die skandinavischen Länder Schweden und Finnland gaben ihre traditionelle Neutralität auf und stellten Weichen für eine Nato-Mitgliedschaft. Die Vollversammlung der UNO verurteilte den russischen Angriff und die Verletzung des Völkerrechts «aufs Schärfste», mit 141 gegen 5 Stimmen bei 41 Enthaltungen. Einzig Belarus, Nordkorea, Eritrea und Syrien stimmten mit Russland.

Nie wird man wissen, ob Drohungen mit schärferen Sanktio-



Ukrainische Flüchtlinge im polnischen Grenzgebiet bei Hrebenne am 1. März 2022.

nen Putin von seinem Krieg hätten abhalten können. Namentlich Deutschland sperrte sich lange gegen einen Importstopp auf russisches Erdöl und Erdgas. Auch Waffenlieferungen an die Ukraine widersetzten sich die Deutschen. Selbst als Putins Kriegsabsichten klar waren, suchten Bundeskanzler Scholz und Frankreichs Präsident Macron noch das Gespräch mit ihm, um ihn zu besänftigen. Sicher ist, dass die westlichen Demokratien im Kreml als schwach, verweichlicht und zimperlich wahrgenommen wurden. Zu dieser Einschätzung trug auch der schlecht organisierte Rückzug der USA und ihrer westlichen Verbündeten aus Afghanistan bei.

Überstürzter Abzug aus Afghanistan

Ende August 2021 ging der längste Militäreinsatz der USA zu Ende. Begonnen hatte er im Spätherbst 2001 als Reaktion auf die Terroranschläge vom 11. September. Gestützt auf UNO-Resolutionen setzten die USA der Herrschaft der Taliban ein vorläufiges Ende. Seit 1996 hatten die islamistisch-fundamentalistischen Taliban in Afghanistan eine Schreckensherrschaft ausgeübt. Unter ihrem Schirm betrieb die Terrororganisation Al Kaida, gewissermassen ein «Staat im Staat», Ausbildung- und Operationsbasen. Da die NATO 2001 den Bündnisfall erklärt hatte, beteiligten sich auch Briten, Dänen, Franzosen, Deut-

sche sowie Australier an der Afghanistan-Mission. Den ausländischen Friedenstruppen – 2005 gegen 20 000 Mann – gelang es jedoch nie, das Gebirgsland zu befrieden und das Wiedererstarke der Taliban zu verhindern. Ebenso scheiterten die USA und ihre Verbündeten, Afghanistan zu einem modernen demokratischen Rechtsstaat umzugestalten. Alte Herrschaftsstrukturen und Korruption erwiesen sich als stärker. Am Schluss blieb nur noch ein bedingungsloser Abzug. Noch unter Präsident Trump hatten die USA ein Abkommen mit den Taliban ausgehandelt. Am 21. April 2021 kündigte sein Nachfolger Joe Biden einen Rückzug bis spätestens zum 11. September 2021, dem 20. Jahrestag der Al-Kaida-An-



Bild: Keystone-SDA

Chaotische Szenen spielen sich am Flughafen Kabul vor dem definitiven Abzug der US-Truppen aus Afghanistan Ende August 2021 ab.

schläge in den USA, an. Ein schwerer politischer Fehler, wie sich bald zeigen sollte. Die Taliban kümmerten sich um keinerlei Abmachungen mehr und gewannen im Sommer 2021 innert weniger Wochen die Oberhand in sämtlichen Provinzen. Am 15. August übernahmen sie den Präsidentenpalast und rückten in Kabul ein. Am 19. August riefen die Taliban das Islamische Emirat Afghanistan aus. Den USA und ihren Verbündeten blieb nur noch die Kontrolle des Flughafens Kabul. Die Zeit reichte nicht mehr, um neben Soldaten und Botschaftspersonal auch all jene Menschen zu evakuieren, die eng mit den Ausländern zusammengearbeitet hatten. Am und vor dem Flughafen spielten sich entsetzliche Szenen ab, zumal

Selbstmordattentäter des Islamischen Staates am 26. August bei zwei Anschlägen mehr als 170 Menschen in den Tod rissen. Die USA liessen bei ihrem schlecht geplanten Abzug Militärmaterial und Flugzeuge im Umfang von über 40 Milliarden Dollar zurück. Die Wirkung war für das weltweite Ansehen der USA und das Prestige von Joe Biden gleichermassen verheerend.

Bidens Baustellen

Auch innenpolitisch lief für den US-Präsidenten nicht alles rund. Zwar brachte er sein Infrastrukturprogramm durch beide Kammern des Parlaments. Aber weitere Grossvorhaben scheiterten am Widerstand der Republikaner und einzelner Demokraten.

Das Migrationsproblem an der Südgrenze blieb ungelöst, und in der Umweltpolitik und bei der Bekämpfung innerstädtischer Gewalt waren die Erfolge bescheiden.

Rascher als erwartet erholte sich die US-Wirtschaft von den Rückschlägen der Covid-Pandemie; die Arbeitslosenquote sank im Frühjahr 2022 auf unter vier Prozent. Mehr zu schaffen machte der US-Wirtschaft die rasch anziehende Inflation. Obwohl die Notenbank FED mit Zinserhöhungen Gegensteuer zu geben versuchte, erhöhte sich die Teuerung bis zum April 2022 auf über acht Prozent. Damit rächte sich nicht zuletzt die Schuldenswirtschaft und die lockere Geldpolitik der vergangenen Jahre. Hinzu kamen Preis-

steigerungen für Benzin und Heizöl. Unter Bidens Führung einigte sich die Staatenwelt immerhin auf Grundzüge einer Steuerreform mit einem weltweit geltenden Mindeststeuersatz für Konzerne von fünfzehn Prozent.

Aussenpolitisch fasste die US-Regierung nach dem Afghanistan-Debakel jedoch wieder Tritt: Mit einer dezidierten und überlegten Politik trug Biden entscheidend zum erfolgreichen Abwehrkampf der Ukraine gegen die russische Aggression bei. Nicht weniger als vierzig Staaten unter Führung der USA unterstützten die Ukraine mit Waffen und Ausrüstung. Die USA allein sagten bis Ende April 2022 Waffenlieferungen im Umfang von rund 3,7 Milliarden US-Dollar zu. Ende April bewilligte der US-Kongress ein Programm für künftige Waffen- und Wiederaufbauhilfe an die Ukraine in der Höhe von 33 Milliarden Dollar.

Auch gegenüber China verfolgte die US-Administration unzweideutigen Kurs. Ein militärisches Vorgehen gegen Taiwan würde nicht hingenommen, liess die Biden-Administration verlauten. Tatsächlich drohte Peking der als «abtrünnige Provinz» wahrgenommenen Inselrepublik wiederholt mit Gewalt. Ihre Drohungen, Taiwan mit militärischen Mitteln zurückzuholen, unterstrich die Volksrepublik mit zahllosen Verletzungen des taiwanesischen Luftraums durch die chinesische

Luftwaffe. Auch gegenüber Hongkong liess China jegliche Hemmungen fallen: Rücksichtslos setzte sich Peking über den Vertrag mit Grossbritannien hinweg, Hongkong bis 2047 eine Sonderverwaltung zuzugestehen («ein Land – zwei Systeme»). Stattdessen bestimmte Peking immer ungenierter die Geschicke der ehemaligen britischen Kronkolonie: Anti-chinesische Stimmen wurden unterdrückt, missliebige Personen hinter Gitter gesteckt und Hongkong zusehends zu einer «normalen» chinesischen Stadt degradiert. Auch in Bezug auf das von China kolonisierte Gebiet Xinjiang und das uigurische Volk kannte China keinerlei Hemmschwellen. Genauso wenig wie gegenüber Tibet. Ausländische Proteste gegen Menschenrechtsverletzungen prallten regelmässig ohne Wirkung ab.

China in der Coronafalle

Corona liess sich indessen nicht so leicht bändigen. Das kommunistische Regime in Peking hatte 2019/2020 mit seiner wochenlangen Veruschung wesentlich dazu beigetragen, dass sich das Virus von Wuhan aus über die ganze Welt ausbreiten konnte. Dann jedoch brachte es das Regime mit einer Nulltoleranzstrategie fertig, dass China während fast zwei Jahren praktisch frei von Covid-19 blieb (was gegenüber dem Ausland stets als Ausdruck der Überlegenheit des ei-

genen Systems dargestellt wurde). Die Pandemie erwies sich jedoch als stärker: Die besonders ansteckende Variante Omikron fand ihren Weg auch in die Volksrepublik. Die KP Chinas hielt indessen stur an ihrem Kurs der Nulltoleranz fest und stellte Millionenstädte wie Shenzhen, Xi'an und Shanghai, schliesslich auch Peking während Wochen unter Quarantäne. Dass China Grossteile der Bevölkerung nicht geimpft hatte und von den wesentlich besseren ausländischen Impfstoffen nichts wissen wollte, rächte sich jetzt bitter. Das Regime Xi Jinpings verfiel immer mehr dem Fluch autokratischer Systeme, keine Fehler eingestehen zu können, um ihren Unfehlbarkeitsanspruch nicht in Gefahr zu bringen.

Von China abgesehen konnten im weltweiten Kampf gegen die Coronapandemie aber entscheidende Erfolge verzeichnet werden. Zwar führte die Delta-Variante im Herbst 2021 weltweit nochmals zu einem gefährlichen Anstieg der Neuansteckungen, zu Überbelastungen des Gesundheitswesens und zu zehntausenden von Todesopfern. Wiederum reagierten die Staaten rund um den Globus höchst unterschiedlich: Die einen verhängten Lockdowns, schlossen die Grenzen, schränkten die persönlichen Freiheitsrechte ein; andere setzten stärker auf Eigenverantwortung und suchten nach freiheitlicheren Wegen. Zu Gamechangers im Kampf gegen das Virus wurden die seit Ende

2020 verfügbaren Impfstoffe: Binnen eines Jahres gelang es der westlichen Pharmaindustrie sowie der Staatengemeinschaft, einem Grossteil der Menschheit Zugang zu wirksamen Vakzinen zu verschaffen. Paradoxerweise eröffnete auch die hochansteckende neue Virusvariante Omikron einen Ausweg aus der Pandemie: Im November 2021 in Südafrika erstmals diagnostiziert, verdrängte Omikron rasch die bisherigen Coronavarianten. Omikron war zwar ansteckender als alle andern, aber auch ungefährlicher (vor allem für geimpfte Menschen). Trotz Rekordzahlen bei den Neuansteckungen lockerten viele Länder ihre Restriktionen oder schafften sie (wie die Schweiz) ganz ab. Auch Länder, die seit 2020 auf strikte Einreisebeschränkungen gesetzt hatten (wie Australien, Neuseeland oder die meisten asiatischen Staaten) lockerten 2022 allmählich ihr Regime.

Dank Konjunkturpaketen und gezielten Unterstützungsmaßnahmen erholten sich die europäischen Volkswirtschaften – ebenso wie jene der USA und Kanadas – rasch von den Pandemieschäden. Hingegen brachte die anziehende Konjunktur auch einen Teuerungsschub. In den USA stiegen die Konsumentenpreise im März 2022 gegenüber dem Vorjahr um mehr als 8 Prozent, in den EU-Staaten um durchschnittlich 7,5 Prozent. Dass die meisten Notenbanken der Versuchung nicht widerstanden hatten, ihre Volkswirt-

schaften während der Pandemiejahre mit «billigem» Geld zu überschwemmen, rächte sich jetzt. In zahlreichen westlichen Ländern, die während vieler Jahre keine Inflation gekannt hatten, wurde die Teuerung schlagartig zu einem zentralen politischen Thema.

Stabilität und Wandel

Der Teuerungsschock beeinflusste nicht zuletzt den Präsidentschaftswahlkampf in Frankreich. Marine Le Pen, die Herausforderin des amtierenden Präsidenten Emmanuel Macron, stellte dieses Thema in den Vordergrund. Nicht weniger als zwölf Kandidatinnen und Kandidaten traten zum ersten Wahlgang am 10. April 2022 an. Macron kam auf 27,84 Prozent der Stimmen, Le Pen auf 23,15 Prozent; der Drittplatzierte, der Linksozialist Jean-Luc Mélenchon erhielt 21,95 Prozent. Im zweiten Wahlgang am 24. April siegte Macron mit 58,84 Prozent gegen Le Pen mit 41,46 Prozent. Im Unterschied zu 2017 profitierte Macron nicht mehr so stark vom Anti-Le-Pen-Reflex; auch sein Image als abgehobener und arroganter Politiker trug dazu bei, dass sein Erfolg weniger strahlend ausfiel als vor fünf Jahren. Vor allem linke und jüngere Wähler blieben im zweiten Wahlgang den Urnen fern.

Deutschland erlebte nach den Bundestagswahlen vom 26. September 2021 einen Koalitionswechsel. Entgegen den meisten

Voraussagen gewann die SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Olaf Scholz am meisten Stimmen (25,7 Prozent, 5,2 Prozent mehr als 2017). Die CDU erlitt mit einem Verlust von 8,8 Prozent der Stimmen eine unerwartet böse Schlappe; sie kam noch auf 24,1 Prozent. Die Grünen gewannen 5,9 Prozent hinzu und erzielten 14,8 Prozent, die FDP steigerte ihren Wähleranteil um 0,8 Prozent und errang 11,5 Prozent. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte erlebte die Bundesrepublik die Bildung einer Koalitionsregierung aus drei Parteien: Am 7. Dezember unterzeichneten SPD, Grüne und FDP den Koalitionsvertrag, und tags darauf wurde die neue Dreiparteienregierung vereidigt. Annalena Baerbock von den Grünen übernahm das Außenministerium, Christian Lindner, der Vorsitzende der FDP, wurde Finanzminister und Robert Habeck von den Grünen Wirtschaftsminister. An der Spitze der CDU löste Friedrich Merz Armin Laschet, den glücklosen Kanzlerkandidaten, ab. Olaf Scholz erwies sich an der Regierungsspitze als wenig führungsstark: In der Coronapolitik setzte sich Scholz für eine Impfpflicht ein, erlitt im Bundestag jedoch eine demütigende Niederlage. Auch während des Ukrainekriegs spielte Scholz eine wenig überzeugende Rolle: Zuerst widersetzte sich der Bundeskanzler einem Verzicht auf die Gas pipeline North Stream 2, mit der zusätzliches russisches Erd-



Bild: Keystone-SDA

Neue deutsche Regierungsspitze: Kanzler Olaf Scholz und Aussenministerin Annalena Baerbock (Bild vom 27. April 2022).

gas nach Deutschland geführt werden sollte; später sperzte sich Scholz mit fadenscheinigen Argumenten gegen die Lieferung schwerer Waffen an die Ukraine. Deutschland war damit eines der wenigen Länder, welche der Solidarität mit der Ukraine nur widerstrebend Taten folgen lassen, um das Verhältnis zu Russland nicht zu gefährden.

Regierungswechsel auch in Österreich. Am 9. Oktober 2021 trat Bundeskanzler Sebastian Kurz zurück, nachdem gegen ihn wegen Korruption ermittelt wurde. Konkreter Auslöser war eine Affäre um Umfragen, die angeblich mit staatlichen Geldern finanziert worden waren. Auf Kurz folgte Alexander Schallenberg; dieser trat das Bundeskanzleramt jedoch schon am 6. Dezember an Karl Nehammer ab. International sorgte Nehammer für Aufsehen, weil er im März ohne Mandat der EU zu Russlands Diktator Putin nach Moskau reiste, um sich für ein

Ende des Ukrainekriegs einzusetzen. Österreich gehörte zu den Ländern mit den schärfsten Coronarestriktionen in Europa. Am 20. Januar 2022 nahm der Nationalrat ein Gesetz zur Einführung einer Covid-19-Impfpflicht mit 137 von 170 anwesenden Parlamentsmitgliedern an.

Auch in Grossbritannien geriet der Premierminister in den Strudel von Ermittlungen. Dies, nachdem die Medien aufgedeckt hatten, dass am Amtssitz von Boris Johnson unbekümmert Partys gefeiert worden waren, als im Land ein harter Coronalockdown galt. Dass ausgerechnet auch zum Zeitpunkt der Abdankung von Prinz Philip, dem Ehegatten der Queen, in der Downing Street 10 gefeiert wurde, erzürnte viele Briten besonders. Auch das Königshaus machte erneut durch Affären von sich reden: Prinz Andrew, drittältestes Kind der Queen, geriet wegen möglicher sexueller Eskapaden ins Visier der New Yorker Justiz.

Im Januar 2022 musste er, wohl auf Weisung seiner 96-jährigen Mutter, auf sämtliche Schirmherrschaften und militärische Ehrentitel verzichten.

Italien überstand die Pandemiejahre vergleichsweise gut. Mario Draghi, der seit Februar 2021 als Ministerpräsident amtierte, gelang es, seine Allparteienregierung trotz zentrifugaler Kräfte beieinander zu behalten. Mit ihrem umsichtigen Pandemie-Management, wirtschaftlichen Erfolgen und einem klaren Kurs in der Ukrainekrise schuf sich Draghis Regierung eine solide Vertrauensbasis. In Ungarn errang der seit 2010 regierende Ministerpräsident Viktor Orban mit seiner Fidesz-Partei bei den Parlamentswahlen vom 3. April erneut eine Zweidrittelmehrheit. Zwar konnte Orban damit ungeachtet seines autoritären Stils und seiner rechtskonservativen Positionen weiterregieren. In der EU eckte Orban jedoch wiederholt an wegen Gesetzen, die sich gegen Grundprinzipien der Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf freie Meinungsäußerung richteten. Außerdem galt Orban als engster Verbündeter Putins in Europa.

Der Nahe Osten stand in der Berichtsperiode weniger im Vordergrund der weltpolitischen Geschehnisse als in den Vorjahren. Die 2018 ausgesetzten Verhandlungen zwischen Vertretern Irans, Grossbritanniens, Frankreichs, Chinas, Russlands und Deutschlands über eine Begrenzung des iranischen Nuklearpro-

gramms wurden 2021 wieder aufgenommen, doch musste sich Iran von der Internationalen Atomenergie-Agentur (IAEA) vorwerfen lassen, «sich immer weiter von den Vereinbarungen des Nuklearabkommens von 2015 zu entfernen». In der Türkei kämpfte Präsident Erdogan mit zusehends autoritäreren Methoden um den Machterhalt seiner islamistischen AKP-Regierung. Sowohl oppositionelle Parteien als auch Justiz und Medien bekamen die harte Hand des Regimes zu spüren. Der Menschenrechtsaktivist Osman Kavala, für den sich zahlreiche westliche Staaten eingesetzt hatten, wurde zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Unter Erdogan's unberechenbarer Politik litt auch die Wirtschaft: Die Inflation erreichte zeitweise gegen vierzig Prozent, die türkische Währung, die Lira, sackte immer wieder auf Tiefstände ab.

Klimapolitischer Pessimismus

Die Klimakrise, die jahrelang als eines der akutesten Probleme genannt wurde, rückte angesichts wirtschaftlicher Sorgen und Kriegsangst etwas in den Hintergrund. Zwar beschlossen die G-20-Staaten im Oktober 2021 ihr Festhalten am Klimaziel 2050 von 1,5 Grad gegenüber der vorindustriellen Zeit. Die Weltklimakonferenz von Glasgow endete jedoch am 13. November in einer pessimistischen Grundstimmung: Die in Kyoto (2005)

und Paris (2015) vereinbarten Zielsetzungen würden höchstwahrscheinlich nicht erreicht werden können. Die Weltorganisation für Meteorologie teilte mit, die Konzentration von Treibhausgasen in der Atmosphäre habe trotz Coronapandemie 2020 neue Höchstwerte erreicht.

Blick in die Schweiz

Die Auswirkungen des Ukrainekriegs bekam auch die Schweiz zu spüren. In mehrfacher Hinsicht: Der Krieg trieb Gas- und Benzinprieze in die Höhe und heizte die Inflation an (wenn auch nicht im selben Ausmass wie in der Euro- und der Dollarzone); bis Ende April 2022 stieg die Jahresteuerung auf 2,5 Prozent. Zweitens: Als Folge des Kriegs begehrten zehntausende von Ukrainerinnen und Ukrainern in unserem Land Aufnahme. Die grosse Mehrheit: Frauen und Kinder. Bis Ende April bot die Schweiz mehr als 45 000 Menschen aus der Ukraine Zuflucht. Dank grosszügiger privater Initiative, aber auch dank effizientem Handeln von Bund, Kantonen und Gemeinden konnte die Welle von Flüchtlingen relativ gut bewältigt werden. Die meisten Ukrainerinnen und Ukrainer erhielten mit dem neuen Asylstatus S Zugang zu Sozialdiensten und zum Arbeitsmarkt; auch die öffentlichen Verkehrsmittel durften sie kostenlos benützen. Die Solidarität des

Schweizervolks war beeindruckend. Sie äusserte sich auch in einer beispiellosen Spendenbereitschaft. Ein Grossteil der Schweizerinnen und Schweizer solidarisierte sich mit dem Abwehrkampf gegen die russischen Aggressoren.

Der Krieg Putins gegen ein souveränes Land in Europa öffnete vielen die Augen bezüglich des erschreckenden Zustands der eigenen Abwehrbereitschaft. Die Aussage von Armeechef Thomas Süssli, unsere Armee könnte sich in einem Verteidigungsfall bestenfalls ein paar Wochen behaupten, liess viele aufhorchen. Seit dem Zerfall der Sowjetunion waren die Verteidigungsausgaben auf heute 0,7 Prozent des Bruttosozialprodukts heruntergefahren worden. Panzer und schwere Waffen wurden grossenteils ausgemustert; die maximale Heeresstärke beträgt heute weniger als 150 000 Personen. Und über der Beschaffung von F-35-Kampfflugzeugen schwebt das Damoklesschwert einer Initiative aus dem grünen Lager. Die russische Aggression gegen die Ukraine bewirkte einen Stimmungswandel: Selbst aus linken Kreisen wurden Rufe nach zusätzlichen Armeeausgaben laut. Die eidgenössischen Räte beschlossen mit grosser Mehrheit, das Verteidigungsbudget bis 2030 sukzessive auf sieben Milliarden Franken pro Jahr (1 Prozent des BIP) aufzustocken. Auch in Bezug auf die NATO veränderte sich die Stimmung: Exponenten von FDP, glp,

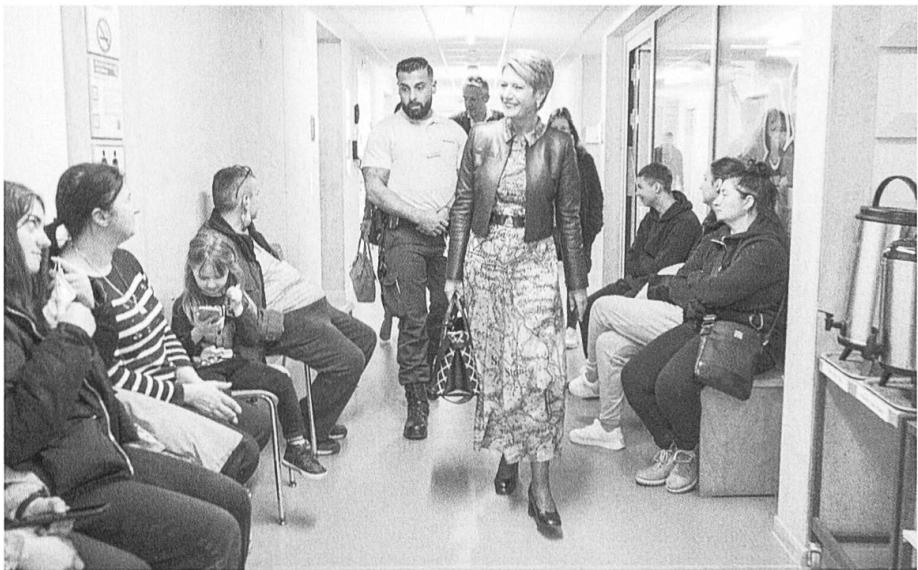


Bild: Keystone-SDA

Justizministerin Karin Keller-Sutter trifft bei einem Besuch im Bundesasylzentrum in Basel schutzsuchende Ukrainerinnen und Ukrainer.

Mitte und selbst der Linken sprachen sich für eine engere Zusammenarbeit aus. Einzig die SVP beharrte auf ihrer Position einer eigenständigen Landesverteidigung.

Neutralität auf dem Prüfstand

Wie kein anderes Ereignis seit dem Zweiten Weltkrieg stellte der Ukrainekrieg die schweizerische Neutralität auf den Prüfstand. Durfte sich die neutrale Schweiz den Sanktionen der EU gegen Russland anschliessen? Würde sie damit nicht die Vorteile preisgeben, die sie als neutrales Land zwischen den Konfliktparteien wahrnehmen konnte? Der Bundesrat schien sich zunächst uneins zu sein. Jedenfalls reagierte er auf den Kriegsbeginn anfänglich zögernd und unentschlossen. Erst unter Druck der Öffentlichkeit bezog er klar Stellung und

schloss sich den Sanktionen der EU-Staaten gegen Russland an. Der Schritt war nicht unumstritten; die SVP widersetzte sich der Politik des Bundesrats und pochte auf eine Politik der integralen Neutralität. Doch die Beteiligung der Schweiz am Sanktionsregime der EU stand im Einklang mit der bisherigen Neutralitätspraxis: Das Neutralitätsrecht verbietet der Schweiz eine aktive Kriegsbeteiligung und Waffenlieferungen an Kriegsparteien; die Neutralitätspolitik, wie wir sie handhaben, erlaubt jedoch eine klare Parteinahme zugunsten des Völkerrechts. Seltener lagen die Verhältnisse so eindeutig wie im Falle der russischen Aggression gegen die Ukraine. Die Sanktionen nicht zu übernehmen, wäre im Ausland als Unterstützung für Putin und Russland wahrgenommen worden. Die Beteiligung der Schweiz fand weltweit Beachtung: US-

Präsident Joe Biden erwähnte sie explizit in seiner State-of-the-Union-Botschaft. Russland seinerseits listete die Schweiz als «unfreundlichen Staat» auf.

Die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU blieben gespannt. Am 26. Mai 2021 hatte der Bundesrat die Verhandlungen über ein Rahmenabkommen mit Brüssel abgebrochen. Auch ein Jahr nach Verhandlungsabbruch lagen die Positionen weit auseinander: Die EU beharrte auf einer dynamischen Übernahme des EU-Rechts in Bezug auf den Binnenmarkt sowie auf der Zuständigkeit des EU-Gerichts bei Streitfragen; die Schweiz hielt an der Weiterentwicklung sektorieller Abkommen ohne automatische Rechtsübernahme fest. Letztlich lief alles auf die Frage hinaus, was unser Land stärker gewichten wollte: wirtschaftliche Vorteile oder politische und rechtliche Eigenständigkeit. Die EU unterstrich ihre Haltung, indem sie die Teilnahme der Schweiz am Forschungsprogramm «Horizon 2020» blockierte und Verhandlungen über ein Stromabkommen auf Eis legte.

Unberechenbare Pandemie

Im Sommer 2021 hatten viele an ein Ende der Coronapandemie geglaubt. In der zweiten Jahreshälfte kehrte sie jedoch mit voller Wucht zurück. Die Zahl der Neuinfektionen stieg Anfang Dezember auf 10 000 pro Tag, über das Jahresende sogar auf

über 20 000. Die Welle erreichte ihren Höhepunkt am 14. Januar mit knapp 45 000 bestätigten Neuansteckungen. Am 8. November wurde in der Schweiz der erste Covidfall mit der Omikron-Variante registriert. Rasch überlagerte Omikron die bis dahin dominierende Delta-Variante. Wie schon Delta erfasste Omikron vor allem ungeimpfte Personen. Bei geimpften Personen war der Krankheitsverlauf im allgemein mild und ungefährlich. Mit den zunehmenden Infektionszahlen nahmen auch die covidbedingten Spitäleinweisungen im Spätherbst 2021 rasch zu. Bei über 200 Hospitalisierungen pro Tag musste erneut eine Überlastung des Gesundheitswesens befürchtet werden. Zwar standen seit Anfang 2021 wirkliche Impfstoffe zur Verfügung. Doch die Impfquote der Schweizer Bevölkerung entsprach nur bedingt den Erwartungen der Behörden. Über achtzig Prozent der älteren Menschen und der Risikopersonen liessen sich impfen; doch unter Jüngeren und in der ausländischen Bevölkerung war die Impfskepsis zum Teil gross. Das Impfzertifikat wurde zum Schlüssel in der Pandemie: Ab 6. September galt im Innern von Restaurants, Bars, Museen, Kultur- und Freizeiteinrichtungen sowie an Veranstaltungen eine Zertifikatspflicht. Nur wer geimpft, genesen oder getestet war, erhielt noch Einlass. Ab 9. Dezember weitete der Bundesrat die Zertifikatspflicht nochmals aus. Allerdings zeigte sich bald,

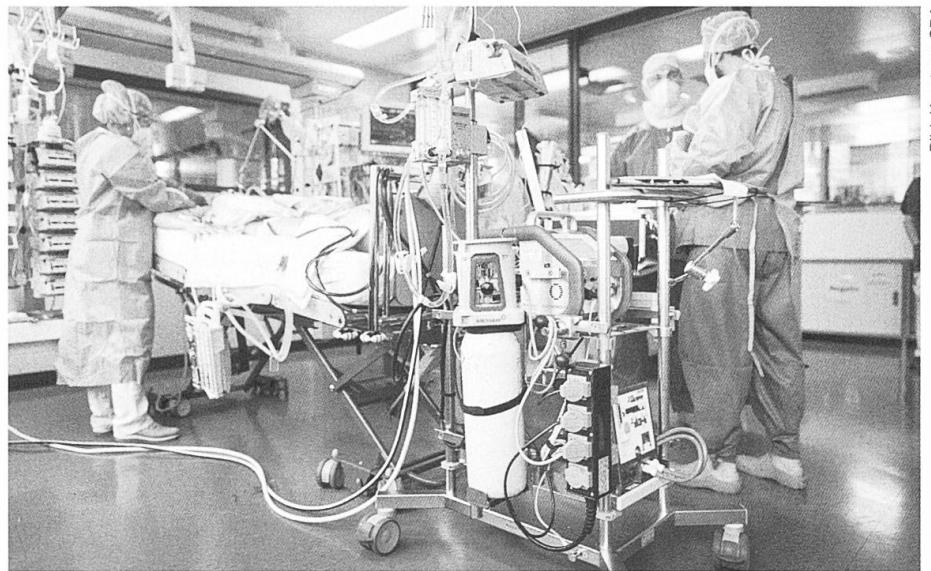


Bild: Keystone-SDA

Im Dezember 2021 bringen Covid-19-Patienten die Intensivstationen der Schweizer Spitäler nochmals an die Grenzen ihrer Kapazitäten.

dass Omikron wohl ansteckender, aber ungefährlicher war als die früheren Coronavarianten. Im Februar 2022 hob der Bundesrat deshalb die meisten Restriktionen auf und erklärte die «besondere Lage» für beendet. Ab dem 17. Februar entfiel die Homeoffice-Pflicht sowie die Zertifikats- und Maskenpflicht in Läden, Restaurants und Kulturbetrieben. Wenig später wurde die Maskenpflicht auch im ÖV abgeschafft. Eine Quarantäne- oder Isolationspflicht gab es nicht mehr. Zwar infizierten sich weiterhin Tausende mit dem Coronavirus. Bis Ende April steckten sich – inklusive Dunkelziffer – schätzungsweise 3,6 Millionen Personen in der Schweiz mit dem Virus an. Trotzdem verschwand Corona im Frühjahr 2022 als Bedrohung aus dem öffentlichen Bewusstsein. Damit endeten zum Glück auch die Streitigkeiten um Coronarestri-

tionen, Impfzwang und Zertifikate, welche Teile der Bevölkerung zeitweise bitter entzweit hatten. Selten in der Schweiz war das politische Klima so vergiftet und sahen sich die Behörden von Bund und Kantonen so viel Kritik ausgesetzt wie im Zusammenhang mit der Pandemiebekämpfung.

Dabei waren die Einschränkungen im Vergleich zu den meisten andern Ländern vergleichsweise moderat: Niemals wurden Menschen kollektiv in ihren Häusern und Städten eingesperrt; es gab keine Impfpflicht, und die Schweiz blieb trotz Corona ein vergleichsweise offenes Land. Einzig die Schulschliessungen zu Beginn der Pandemie und die Besuchsverbote in Heimen waren wohl übertriebene Massnahmen, wie ein externer Bericht des Bundes Ende April 2022 festhielt. Nicht überraschend kritisierte der Bericht die unge-

nügenden Pandemievorberei-
tungen durch Bund und Kanto-
ne und die allzu späte Reaktion
der Behörden auf die zweite Co-
ronawelle im Spätherbst 2020.
Bemängelt wurde auch die Zu-
sammenarbeit zwischen Bund
und Kantonen. Insgesamt habe
die Schweiz die Pandemie je-
doch «vergleichsweise gut» ge-
meistert, attestierte der Bericht
den Behörden. Trotz der zeitwei-
se lauten Kritik genoss die offizielle
Coronapolitik viel Vertrauen in
der Bevölkerung, wie zwei
Referendumsabstimmungen
über Änderungen am Covid-
19-Gesetz ergaben: Am 13. Juni
2021 stimmte das Schweizervolk
mit 60,2 Prozent zu, am 28. No-
vember sogar mit 62,0 Prozent.

Niederlagen und Erfolge

Nicht ganz so wohlwollend be-
urteilten die Stimmenden an-
dere Vorlagen von Bundesrat
und Parlament: Das CO₂-Gesetz
wurde am 13. Juni 2021 mit 51,6
Prozent Nein-Stimmen verwor-
fen; es scheiterte hauptsächlich
daran, dass dadurch ein kost-
spieliger zusätzlicher Subven-
tionsapparat entstanden wäre. Am
13. Februar 2022 schickten die
Stimmenden ein Massnahmen-
paket zugunsten der Medien mit
54,6 Prozent Nein nach; gleich
erging es der Abschaffung von
Stempelabgaben (62,7 Prozent
Nein). Im Sinne von Bundesrat
und Parlament wurden zwei
grüne Volksinitiativen «für sau-
beres Trinkwasser» und für ein
Pestizidverbot in der Landwirt-

schaft mit 60,6, bzw. 60,7 Pro-
zent Nein verworfen, ebenso die
linke «99-Prozent-Initiative», die
eine Neuregelung für die Kapi-
talbesteuerung verlangte (mit
64,9 Prozent Nein). Ja sagte das
Schweizervolk zu den Gesetzes-
vorlagen über Terrorismusbekämp-
fung (mit 56,6 Prozent Ja), zur
Aufstockung des schweizeri-
schen Beitrags an die europäi-
sche Grenzschutzbehörde Frontex
(mit 71,5 Prozent Ja), zur
Revision des Filmgesetzes, das
Streaminganbieter verpflichtet,
künftig vier Prozent ihrer Brut-
toeinnahmen in das schweizeri-
sche Filmschaffen zu investieren
(mit 58,4 Prozent Ja), zu einem
neuen Transplantationsgesetz
(mit 60,2 Prozent Ja) sowie zur
«Ehe für alle» (mit 64,1 Prozent
Ja). Entgegen den offiziellen
Empfehlungen stimmten Volk
und Stände der sogenannten
Pflegeinitiative mit 60,1 Prozent
Ja zu; bezweckt wird damit eine
bessere Ausbildung und Ent-
schädigung in Pflegeberufen.

Verschiebungen im Parteiengefüge

Ein Jahr vor den eidgenössi-
schen Wahlen nahmen die poli-
tischen Auseinandersetzungen
zwischen den Parteien merklich
zu. Bei kantonalen Wahlen, et-
wa in Bern, Freiburg und Waadt,
erzielten die Bürgerlichen mar-
kante Erfolge: In der Waadt
beispielsweise verlor die Linke
nicht nur die Mehrheit in der
Kantonsregierung: Im Parla-
ment vermochten die Freisin-

nigen ihre Sitzzahl als stärkste
Partei sogar noch auszubauen,
während die SP dramatische
Verluste erlitt; zulegen konnten
auf ihre Kosten die Grünen und
die Grünliberalen (glp). Auch in
der Stadt Zürich sowie in den
Parlamenten der grösseren Ge-
meinden des Kantons Zürich
büssste die SP Wähleranteile und
Sitze auf Kosten der Grünen
und Grünliberalen ein. Auch
die FDP konnte leicht zulegen,
während die SVP, die offenkun-
dig unter einem Führungsvaku-
um litt, Verluste hinnehmen
musste.

Führungsängste offenbarte
auch der Bundesrat. Sowohl
während der Coronapandemie
als auch während des Ukraine-
kriegs häuften sich Alleingänge
einzelner Bundesratsmitglieder.
Als Kollegialgremium funktio-
nierte die Landesregierung alles
andere als optimal. «Keiner für
alle, jeder für sich», befand die
Neue Zürcher Zeitung Anfang
April: «Der Bundesrat gibt zur-
zeit ein betrübliches Bild ab. Be-
unruhigende Anzeichen sind
schon länger zu beobachten.
Manche sind durch den Corona-
stress zu erklären, aber nicht alle:
Indiskretionen, gestörtes Ver-
trauensverhältnis, eigenmächtige
Ankündigungen, fehlende
Absprachen, Sololäufe. (...) Seit
Beginn des Kriegs in der Ukra-
ine haben sich die Probleme noch
einmal verschärft. Vor aller Au-
gen ist der Bundesrat, dieses
störungsanfällige Machtzent-
rum der helvetischen Politik, aus
dem Tritt geraten. Zerstritten

und unschlüssig stolpern die Sieben durch die Ukrainekrise.»

Tritt fasste hingegen die Bundesanwaltschaft nach dem Rücktritt Michael Laubers, der wegen nicht protokollierter Treffen mit Fifa-Chef Infantino ins Zwielicht geraten war und zurücktreten musste. Zum Nachfolger als Bundesanwalt wählte die Bundesversammlung Stefan Blättler, den langjährigen Kommandanten der Berner Kantonspolizei. Von Anfang an machte Blättler klar, wo er die Prioritäten zu setzen gedachte: bei der Bekämpfung krimineller Organisationen, bei der Eindämmung von Wirtschaftskriminalität, Geldwäsche und Korruption, bei der Terrorismus-Abwehr sowie bei der Jagd nach Kriegsverbrechern.

Kunst und Kultur

Eine Jagd der besonderen Art veranstalteten Medien und Politik in der Stadt Zürich: Am 9. Oktober 2021 konnte der vom britischen Architekten David Chipperfield entworfene Erweiterungsbau des Kunsthause Zürich eingeweiht werden. Viel Prominenz, vor allem aus der SP, war an der Feier präsent. Doch das Fest für Zürich wurde zum Debakel. Obwohl seit Jahren bekannt war, dass das Kunstmuseum die grossartige Impressionismus-sammlung des ehemaligen Waffenfabrikanten Emil Bührle in diesem Neubau unterbringen wollte, ging nach der Feier eine Hexenjagd los: Immer mehr Experten, Historiker, linke Publizisten und Politiker meldeten

sich zu Wort, um die Sammlung mit «Raubkunst»-Unterstellungen und angeblichen Enthüllungen über die Person des 1956 verstorbenen Waffenfabrikanten ins Zwielicht zu rücken. So sehr, dass selbst amerikanische Medien die Story aufgriffen (die New York Times etwa unter dem reissersischen Titel: «A Nazi Legacy haunts a Museum's New Galleries»). Dabei konnten Bührle auch in neuesten historischen Untersuchungen weder Vergehen noch besondere Verbindungen zu Nazi-Deutschland nachgewiesen werden, und bei keinem einzigen Werk der Sammlung erhärtete sich bisher ein «Raubkunst»-Vorwurf. Eine für Zürich und die Schweiz vielleicht nicht untypische Geschichte!



Ein Highlight des Kunsthause Zürich: die Sammlung Emil Bührle im neuen Erweiterungsbau von David Chipperfield.